

Kommando Streitkräfte

- Pressespiegel

Donnerstag, 28.11.2019



Dieser Pressespiegel ist ein Produkt der APA-DeFacto GmbH und dient ausschließlich Ihrer persönlichen Information.

Inhaltsverzeichnis

Bundesminister

- Das Bundesheer, das weggelegte Kind (Leserbrief) Seite 3
Kronen Zeitung vom 28.11.2019 (Seite 36)
- Politik Totengräber des Bundesheeres / Bundesheermisere (Leserbriefe) Seite 5
Kronen Zeitung vom 28.11.2019 (Seite 36)
- Auch kürzerer Wehrdienst ist Thema Seite 7
Neue Vorarlberger Tageszeitung vom 28.11.2019 (Seite NEUE12)

Bundesheer

- Hubschrauber-Crews und die Pioniere rücken ab Seite 8
Kronen Zeitung vom 28.11.2019 (Seite 18)
- Fliegerbombe Seite 9
Kronen Zeitung vom 28.11.2019 (Seite 26)
- Vizeleutnant wegen Schuhen angeklagt Seite 10
Kronen Zeitung vom 28.11.2019 (Seite 28)
- Mittelalterlicher Advent Seite 11
Kronen Zeitung vom 28.11.2019 (Seite 54)
- Besuch von der Militärmusik Seite 12
OÖ Nachrichten vom 28.11.2019 (Seite LIB19)
- Anwalt sieht kein Verschulden des Hundeführers Seite 13
Salzburger Nachrichten vom 28.11.2019 (Seite 11)
- Salzburgs Justiz betritt im Spionagefall Neuland Seite 14
Salzburger Nachrichten vom 28.11.2019 (Seite 11)
- Spionage-Anklage könnte in sich zusammenbrechen Seite 16
Der Standard vom 28.11.2019 (Seite 10)

Internationale Einsätze

- Wien verlängert Teilnahme an internationalen Einsätzen Seite 18
Die Presse vom 28.11.2019 (Seite 6)

Bundesminister

„Kronen Zeitung“ vom 28.11.2019 Seite: 36 Ressort: Leser-Service Bgld, Ktn, Wi, N.Ö., O.Ö., Sbg, Stmk, Ti, Vbg

Das Bundesheer, das weggelegte Kind (Leserbrief)

Erneut hat Verteidigungsminister Thomas Starlinger auf die dramatische budgetäre Situation des Bundesheeres hingewiesen und dabei auch mit Kritik an der Politik nicht gespart. „Das Bundesheer steht am Rande seines Grabes“, so Starlinger. Mit dem Zustandsbericht „Unser Heer 2030“ wurde ungeschminkt der tatsächliche Zustand des Bundesheeres sowie der dringende Investitionsbedarf aufgezeigt, welcher jeden verantwortungsvollen Politiker wachrütteln muss. „Was wir heute noch können, was wir morgen nicht mehr können“, ist nicht nur ein Slogan, es ist das Alarmsignal für die Regierung und die Bevölkerung. Wenn nicht sofort auf diesen desaströsen Zustand reagiert wird, wird unser Heer nicht mehr in der gewohnten Weise helfen und für Sicherheit sorgen können. Trotzdem scheint diese Warnung nicht in den Köpfen der Entscheidungsträger angekommen zu sein, denn es zeichnet sich in den laufenden Regierungsverhandlungen ab, dass die Sicherheit unserer Bevölkerung und jene unserer Töchter und Söhne einmal mehr eine untergeordnete Rolle spielt und am Altar der Parteipolitik geopfert wird. Unsere Soldatinnen und Soldaten halten auch unter widrigsten Umständen an ihrem Treuegelöbnis fest und engagieren sich tagtäglich unter Einsatz des eigenen Lebens für die Sicherheit unseres Landes. Trotzdem scheint das Bundesheer ein weggelegtes Kind zu sein, das niemand wirklich will, aber am Ende des Tages doch jemand nehmen muss. Dieser sorglose Umgang mit der Sicherheit unseres Landes ist grob fahrlässig und entspricht keineswegs den Vorgaben der Verfassung, die auch für die Verhandlungsteams ihre Gültigkeit hat. Der Zweck und die Aufgaben des Bundesheeres sind sowohl in der Bundesverfassung als auch im Wehrrecht bindend vorgegeben. Die Bundesregierung hat alle notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit ein ständig einsatzbereites und leistungsfähiges Bundesheer diese Aufgaben rasch und effizient erfüllen kann. Dazu gehört auch ein Wehrsystem 6+2, welches die volle Einsatzbereitschaft der Miliz garantiert. Alles andere ist eine drastische Reduzierung der präsenten Reaktionskräfte sowie eine schrittweise Abschaffung des Bundesheeres. Die Österreichische Unteroffiziersgesellschaft warnt vor dieser mutwilligen Zerstörung der strategischen Handlungsreserve und fordert die Wiedereinführung des Wehrsystems 6+2 als jenes Regelbudget, das unser Bundesheer braucht, um die verfassungsmäßigen Aufgaben zu hundert Prozent zu erfüllen und vor allem die Sicherheit unserer Soldaten und den Schutz der Bevölkerung garantieren zu können. Othmar Wohlkönig, Präsident der Österreichischen Unteroffiziersgesellschaft, Graz

i Typ	Tageszeitung
Mutation: Burgenland	
Reichweite (1.HJ 2019)	Do, 101.000
Druckauflage (1.HJ 2019)	Do, 37.392
Mutation: Kärnten	
Reichweite (1.HJ 2019)	Do, 195.000
Druckauflage (1.HJ 2019)	Do, 72.010
Mutation: Niederösterreich	
Reichweite (1.HJ 2019)	Do, 425.000

<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 142.700
Mutation: Oberösterreich	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 343.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 126.756
Mutation: Salzburg	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 151.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 61.777
Mutation: Steiermark	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 336.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 125.560
Mutation: Tirol	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 150.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 49.421
Mutation: Vorarlberg	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 17.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 4.522
Mutation: Wien	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 367.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 88.858

“Kronen Zeitung” vom 28.11.2019 Seite: 36 Ressort: Leser-Service Bgld, Ktn, Wi, N.Ö., O.Ö., Sbg, Stmk, Ti, Vbg

Politik Totengräber des Bundesheeres / Bundesheermisere (Leserbriefe)

Politik Totengräber des Bundesheeres

Neuerlich hat Verteidigungsminister Starlinger auf den, so der Minister, desaströsen Zustand des Bundesheeres hingewiesen, der noch nicht im Bewusstsein der Politik angekommen ist. Es ist schon bezeichnend, wenn der oberste Heereschef für die finanzielle Mindestausstattung des Heeres der Republik ständig mit drastischen Worten darauf hinweisen muss, dass ein wesentliches Instrument der staatlichen Sicherheit am Rande des Grabes steht. Die dafür verantwortliche Politik ist immer noch nicht bereit, sich mit der Existenzbedrohung des Bundesheeres zu beschäftigen und dafür die Verantwortung zu übernehmen. Es ist die Politik, die dem Staatsbürger nicht vermitteln kann oder will, warum Militär für einen souveränen Staat von elementarer Bedeutung ist, bei Katastrophen Schutz und Hilfe für die Bevölkerung bringt und international höchst erfolgreich bei der Bewältigung von Krisen tätig ist. Das erfordert eine finanzielle, materielle und personelle Mindestausstattung. Diese sind die zwingende Voraussetzung, sollten die erteilten Aufträge erfolgreich bewältigt werden. Punktuelle Sonderfinanzierungen oder budgetär höhere Einmalzuweisungen verunmöglichen Planungssicherheit im Beschaffungsbereich oder Verbesserungen in der Infrastruktur, da hier längere Vorlaufzeiten gegeben sind. Die Politik verweigert seit Jahren die notwendigen Mittel und ist auch nicht bereit, den obersten Führungskräften des Bundesheeres Zeit und Gehör zu schenken, um endlich den riskanten sicherheitspolitischen Blindflug zu beenden. Es ist darüber hinaus unwürdig, jeden Verteidigungsminister und seine Kommandanten zum Bittsteller zu degradieren und diese um die Mindestausstattung zur Auftragerfüllung bitten und betteln zu lassen. Franz Peer, Linz

Bundesheermisere

Zur Behauptung des Verteidigungsministers, „das Bundesheer steht am Rande seines Grabes“, und der daraus folgenden Forderung nach mehr Geld wäre einmal mehr die Frage zu stellen, wieso man seitens des Herrn Ministers nichts, aber schon gar nichts von schon lange fälligen Restrukturierungsmaßnahmen hört. Beispielsweise wäre es schon hoch an der Zeit, den aufgeblähten Generalstab und die Ministerialbürokratie mindestens zu halbieren. Wo bleiben die Vorschläge für eine schlankere und schlagkräftigere Verteidigungsstruktur? Nur immer nach mehr Geld zu schreien wird auf die Dauer keine Glaubwürdigkeit verschaffen! Wieso leistet sich das kleine österreichische Bundesheer immer noch zwei Nachrichtendienste? Und das ist nur eine von vielen offenen Fragen. Sehr geehrter Herr Minister, wenn Sie sich schon so in der Öffentlichkeit alterieren, erwarte ich mir als österreichischer Bürger und Steuerzahler zunächst einmal vernünftige Reform- und Sparvorschläge! Dann kann man erst über mehr Geld reden. Rudolf Mandl, Pischeldorf

Typ

Mutation: Burgenland

Tageszeitung

<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 101.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 37.392
Mutation: Kärnten	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 195.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 72.010
Mutation: Niederösterreich	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 425.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 142.700
Mutation: Oberösterreich	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 343.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 126.756
Mutation: Salzburg	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 151.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 61.777
Mutation: Steiermark	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 336.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 125.560
Mutation: Tirol	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 150.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 49.421
Mutation: Vorarlberg	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 17.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 4.522
Mutation: Wien	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 367.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 88.858

„Neue Vorarlberger Tageszeitung“ vom 28.11.2019 Seite: NEUE12 Ressort: Österreich Neue Vorarlberger Tageszeitung

Auch kürzerer Wehrdienst ist Thema

Signale der Regierungsverhandler lassen die Militärs Alarm schlagen.

Wenn heute im Zuge der Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP und den Grünen die Fachgruppe zum Thema Landesverteidigung zusammentritt, werden sie von einem Trommelfeuer der wehrpolitischen Vereine begleitet. Deren zentrale Forderungen, wie die Verlängerung des Grundwehrdienstes um zwei Monate Truppenübungen sowie deutlich mehr Geld für das Heer, sind offenbar schon jetzt vom Tisch.

Eine Verdoppelung des Budgets auf 4,25 Milliarden Euro bis 2025 hatte ja auch Verteidigungsminister Thomas Starlinger gefordert. Tatsächlich soll das Heer mittelfristig 400 Millionen Euro pro Jahr dazubekommen, so machte es bei der Delegiertenversammlung der Offiziersgesellschaft die Runde. Das verleitet Starlinger ebendort dazu, die verantwortlichen Politiker als „Totengräber des Bundesheeres“ zu bezeichnen.

In der ZiB 2 am Montag goss der Milizbrigadier Michael Schaffer weiter Öl ins Feuer, als er sich für eine Verkürzung des Wehrdienstes nach dem Modell „4 plus 2“ Monate aussprach. Schaffer berät die ÖVP als Experte in den Regierungsverhandlungen, beim Militär geht man bei dem Salzburger auf Distanz. „Gedankliche Spielereien über verkürzte Ausbildungszeiten sind verantwortungslos“, empörte sich Brigadier Johannes Kainzbauer vom „Milizverband Österreich“, der alle Milizbataillone vertritt.

Auch Kameradschaftsbund, Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere und Offiziersgesellschaft reagierten mit Aussendungen. Größte Sorge: Das Bundesheer falle bei den Koalitionsgesprächen komplett unter den Tisch. Der Präsident der Unteroffiziersgesellschaft, Vizeleutnant Othmar Wohlkönig, schickt heute offene Briefe an die Parteichefs Sebastian Kurz und Werner Kogler. „Wir werden den Eindruck nicht los, dass unser Bundesheer ein weggelegtes Kind ist“, schreibt er und warnt vor der „schrittweisen Abschaffung des Bundesheeres“. Zur Kleinen Zeitung sagt Wohlkönig: „Wenn das kommt, was sich da abzeichnet, können wir im nächsten Jahr zusperrern.“ Oder man müsse als radikalen Schritt Artikel 79 der Verfassung ändern und die Aufgaben des Heeres ganz neu definieren. Wilfried Rombold

i Typ	Tageszeitung
Mutation: Gesamt	
Reichweite (1.HJ 2019)	Do, 32.000
Druckauflage (1.HJ 2019)	Do, 10.592

Bundesheer

„Kronen Zeitung“ vom 28.11.2019 Seite: 18 Ressort: Lokal Von: A. Schwab/E. Aschbacher Ktn

Einsatzbilanz nach Unwettern Bundesheerhelikopter waren 100 Stunden in der Luft Häuser bleiben nach wie vor abgeschnitten:

Hubschrauber-Crews und die Pioniere rücken ab

Die Situation in den Katastrophengebieten bleibt zweigeteilt: Während am Mittwoch die Zivilschutzwarnung für Flattach aufgehoben wurde, die Pioniere und Heereshubschrauber ihre Abmarschbereitschaft herstellen, bleiben in Oberkärnten mehrere Familien wohl noch länger von der Außenwelt abgeschnitten.

Gleich zwei positive Meldungen gab es am Mittwoch seitens des Kärntner Landeskrisenstabes: Die letzte Zivilschutzwarnung für Flattach konnte aufgehoben werden, und die Gailtalstraße ist zwischen Birnbaum und Mattling wieder einspurig befahrbar. Damit ist das Lesachtal ab sofort von Kötschach-Mauthen aus wieder zu erreichen. Auch das Bundesheer wird voraussichtlich noch diese Woche seinen Katastropheneinsatz in Kärnten beenden. „Etwa zehn Pioniere arbeiten im Spittaler Hammergraben noch an einer Hang- und Straßensicherung“, schildert Presseoffizier Christoph Hofmeister: „Die Hubschrauber ziehen sich zurück und müssen gewartet werden. Eine Alouette bleibt aber in Klagenfurt in Bereitschaft.“ Insgesamt waren in Kärnten fünf Hubschrauber des Heeres für mehr als zehn Tage im Einsatz. „Die Crews der Helikopter absolvierten in dieser Zeit 100 Flugstunden, transportierten 180 Personen sowie knapp 37 Tonnen Last und Gerätschaften.“

Ausnahmesituation im Lieser- und Maltatal Am Maltaberg, zwischen Lieser- und Maltatal sowie am Grafenberg in Flattach bleiben weiterhin mehr als 30 Häuser von der Außenwelt abgeschnitten. „Es führt nur ein Fußweg ins Tal. Ich fühle mich in meine Kindheit zurückversetzt. Damals war es üblich, zu Fuß vom Berg ins Tal zu gehen“, sagt Maria Gritzner von der Leonhardhütte am Maltaberg: „Es geht uns gut, alle halten zusammen.“

Presseoffizier Christoph Hofmeister Unsere Hubschrauber waren 100 Stunden in der Luft und transportierten 180 Personen sowie 37 Tonnen Güter.

i Typ	Tageszeitung
Mutation: Kärnten	
Reichweite (1.Hj 2019)	Do, 195.000
Druckauflage (1.Hj 2019)	Do, 72.010

“Kronen Zeitung” vom 28.11.2019 Seite: 26 Ressort: Lokal Sbg

Fliegerbombe

Bei Aushubarbeiten für ein Rückhaltebecken in Puch entdeckten Bauarbeiter am Mittwochnachmittag eine Fliegerbombe. Experten des Entminungsdienstes gaben aber schnell Entwarnung: Die 250 Kilo schwere Bombe hatte keinen Zünder mehr, sie konnte rasch abtransportiert werden.

i <i>Typ</i>	Tageszeitung
Mutation: Salzburg	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 151.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 61.777

“Kronen Zeitung” vom 28.11.2019 Seite: 28 Ressort: Lokal Stmk, Graz, Stmk Süd-Ost, Stmk Süd-West

Ein Steirer manipulierte Rechnungen

Vizeleutnant wegen Schuhen angeklagt

Prozess am Grazer Straflandesgericht um einen Vizeleutnant: Der 62-jährige Steirer prellte Beamte der Heeresbekleidungsanstalt durch verfälschte Urkunden. So reichte er Rechnungen für Schuhe ein, die letztlich nicht für ihn gedacht waren. Der Amtsmissbrauch flog auf. Die Geldbuße ist zehnmal höher als der Schaden.

Anklage wegen Schuhwerk Unter dem Titel „Forterhaltungsgebühr“ dürfen Heeresbeamte für den Eigenbedarf in einem gewissen Umfang Rechnungen einreichen – das wollte der Steirer nicht nur für sich nutzen. Durch das Hinzufügen handschriftlicher Bemerkungen manipulierte er Rechnungen so, dass gegenüber der Heeresbekleidungsanstalt zwar verrechenbare Schuhe aufschienen – diese aber nicht für ihn waren. Es befanden sich auch Kinder- und Frauenschuhe darunter, und somit flog alles auf. Den Schaden gegenüber dem Bundesheer und damit der Republik (306,37 Euro) zahlte er sofort zurück. Richterin Elisabeth Juschitz bot eine außergerichtliche Einigung (Diversion) über 3000 Euro an. Der Angeklagte war einverstanden.

i Typ

Mutation: Steiermark

Reichweite (1.HJ 2019)

Druckauflage (1.HJ 2019)

Tageszeitung

Do, 336.000

Do, 125.560

“Kronen Zeitung” vom 28.11.2019 Seite: 54 Ressort: Lokal Wi, N.Ö.

Mittelalterlicher Advent

Im Heeresgeschichtlichen Museum, 3, Arsenal, erwartet Besucher am Donnerstag von 13 bis 22 Uhr, Freitag und Samstag von 10 bis 22 Uhr sowie am Sonntag von 10 bis 20 Uhr ein aufregendes Programm mit Fechtvorführungen, mittelalterlicher Musik, Handwerk, Feuershows u.v.m., alle Programminfos: www.hgm.at

i Typ	Tageszeitung
Mutation: Niederösterreich	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 425.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 142.700
Mutation: Wien	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 367.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 88.858

“Oberösterreichische Nachrichten” vom 28.11.2019 Seite: LIB19 Braunau

Besuch von der Militärmusik

braunau. Besonderer Besuch stand den Volksschulen Braunau-Stadt, Braunau-Neustadt und Ranshofen ins Haus: Die Militärmusik Oberösterreich kam und lud zum Konzert ins Veranstaltungszentrum. Sehr spielerisch wurden den 450 anwesenden Volksschülern zuerst die Holzbläser, anschließend alle Blechbläser und zu guter letzt auch das Schlagwerk vorgestellt. Kapellmeister Leutnant Haidegger führte auf sehr lustige Art und Weise durch das Programm. Begeistert waren die kleinen Besucher, die nach etwa einer Stunde wieder zurück in die Schulen kehrten.


i <i>Typ</i>	Tageszeitung
Mutation: Innviertler Nachrichten	
<i>Reichweite (2017)</i>	51.330
<i>Druckauflage (2017)</i>	17.700

„Salzburger Nachrichten“ Nr. 276 vom 28.11.2019 Seite: 11 Ressort: Innenpolitik Von: Sn Österreich

Anwalt sieht kein Verschulden des Hundeführers

Nach tödlichen Bissen ist Besitzer der Tiere im Visier der Ermittler.

Wiener Neustadt. Im Fall der tödlichen Hundebisse in der Flugfeld-Kaserne in Wiener Neustadt nimmt der Verteidiger des verdächtigen Heeresbediensteten seinen Mandanten in Schutz. Er rechne mit der Einstellung des Verfahrens wegen grob fahrlässiger Tötung, sagte Rechtsanwalt Christian Stocker am Mittwoch. „Ein Verschulden von wem auch immer sehe ich rundherum nicht.“ Stocker zufolge handelt es sich beim Verdächtigen um den für die beiden Malinois zuständigen Hundeführer. Weil sich der verdächtige Soldat am 13. November bei einer Übung befand, brachte er beide Tiere – einen Dienst- und einen Privathund – im Zwinger der Kaserne unter. Nicht seitens des Heeres gedeckt war allerdings das Einstellen des Privathundes. „Das wäre problemlos genehmigt worden“, befand Stocker, ein Antrag habe aber „aufgrund der Kurzfristigkeit“ nicht gestellt werden können. Dafür habe der Verdächtige „einen Verweis vom Kommandanten erhalten“, womit der „disziplinäre Vorwurf erledigt“ sei. , APA

 <i>Typ</i>	Tageszeitung
Mutation: Gesamt	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 250.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 78.623

„Salzburger Nachrichten“ Nr. 276 vom 28.11.2019 Seite: 11 Ressort: Innenpolitik Von: Gerald Stoiber Österreich

Salzburgs Justiz betritt im Spionagefall Neuland

Geschworene müssen beurteilen, ob ein pensionierter Offizier des Heeres für Russland spioniert hat. Verriet er auch Staatsgeheimnisse?

GERALD STOIBER SALZBURG. Wie macht man in einer höchst sensiblen Verschlussache einen öffentlichen Prozess, wie er im Rechtsstaat vorgesehen ist? Wie diese Frage durch die Justiz beantwortet wird, ist nur eine der Besonderheiten im Spionagefall beim Österreichischen Bundesheer. Wie berichtet, ist ein heute 71 Jahre alter Oberst außer Dienst aus Salzburg angeklagt, er habe seit dem Jahr 1993 für den russischen Militäргеheimdienst GRU spioniert.

In dem bevorstehenden Verfahren – ein Termin steht noch aus, wird aber erst Anfang 2020 erwartet – betritt die Salzburger Justiz Neuland. „Das ist kein herkömmlicher Fall“, sagt Rechtsanwalt Michael Hofer aus Salzburg, der Verteidiger des ehemaligen Soldaten, der sich bereits seit sechs Jahren in Pension befindet. Schon allein deshalb, weil es einen derartigen Fall in den vergangenen Jahren nicht gegeben hat. „Man findet keine Entscheidungen“, erklärt Hofer.

Die Anklage wurde rechtskräftig, weil auf einen Einspruch dagegen verzichtet wurde. Der Betroffene ist natürlich auch an einem möglichst frühen Termin für den Prozess interessiert. Die Verteidigung skizziert die Linie, die vor Gericht eingeschlagen werden soll, so: „Mein Mandant will sich vor einem unabhängigen Gericht verteidigen.“ Man werde Kontakte zu den Russen und Zuwendungen einräumen, „aber dafür wurden keine Geheimnisse verraten“, betont Hofer.

Das ist ein wesentlicher Punkt, denn der Verrat von Staatsgeheimnissen (§ 252 StGB) sowie die vorsätzliche Preisgabe militärischer Geheimnisse (§ 26/2 Militärstrafgesetz) sind strafrechtlich als Verbrechen eingestuft und daher mit einer höheren Strafdrohung (ein bis zehn Jahre Freiheitsstrafe) versehen. Dagegen droht für das Betreiben eines geheimen Nachrichtendienstes zum Nachteil Österreichs (§ 256 StGB) – ein Vergehen – nur eine Freiheitsstrafe von höchstens drei Jahren. Einen weiteren möglichen Paragrafen, nämlich das Einrichten oder Betreiben eines militärischen Nachrichtendienstes für einen fremden Staat, hat Staatsanwalt Marcus Neher gar nicht angeklagt, weil die Strafdrohung hier geringer (bis zwei Jahre Freiheitsstrafe) ist als beim geheimen Nachrichtendienst.

Verteidiger Hofer streut dem Staatsanwalt in fachlicher Hinsicht sogar Rosen. Der öffentliche Ankläger habe das Material in dem Fall, das zwischen 4000 und 5000 DIN-A4-Seiten umfasst, „auf 34 lesbare Seiten sehr gut runterdestilliert“.

Es sei damit zu rechnen, dass die Öffentlichkeit bei dem Prozess zumindest zeitweise ausgeschlossen werde. Denn die Beamten des Abwehramts, die für das Heer die Ermittlungen durchführten, seien in den Akten nur mit Nummern statt Namen angeführt. Der nun angeklagte Oberst außer Dienst äußerte sich zu den Vorwürfen nur am Beginn der Affäre gegenüber den Ermittlern. Danach schwieg er auf Anraten des Anwalts, was dem pensionierten Soldaten jedoch negativ ausgelegt worden sei. Denn das Oberlandesgericht Linz hat mehrfach die Untersuchungshaft mit der Begründung verlängert, es bestehe weiterhin Tatbegehungsgefahr.

Den Vorsitz in dem Geschworenenprozess führt der erfahrene Strafrichter Günther Nocker. Ein wichtiges Thema dürften auch die Aussagen von Zeugen werden – die Staatsanwaltschaft will 19 Personen befragen. Dabei befürchtet der Verteidiger, dass mangels direkter Zeugen die Aussagen so mancher Militärs im Prozess gefärbt sein könnten. Sie könnten versucht sein, ihre eigene Aufgabe im Verteidigungsministerium als besonders wichtig darzustellen, was ein Nachteil für den Angeklagten sein könnte.

Der mutmaßliche Spion und sein Führungsoffizier sollen sich bei der Kommunikation teils hochkomplexer Systeme und moderner Spionagetechnik bedient haben, hatten die Staatsanwaltschaft und der Verfassungsschutz Anfang November erklärt. „Die Ermittlungen offenbarten eine Einbindung des Angeklagten in ein strukturiertes staatliches Agentennetzwerk und eine penible Dokumentation der von ihm gelieferten Informationen.“

i <i>Typ</i>	Tageszeitung
Mutation: Gesamt	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 250.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 78.623

“Der Standard” vom 28.11.2019 Seite: 10 Ressort: InlandChronik Bundesland Abend, Niederösterreich, Niederösterreich, Bundesland

Spionage-Anklage könnte in sich zusammenbrechen

Abwehramtsmitarbeiter behaupten in einem Konvolut, dass bei der Enttarnung eines für Russland spionierenden Obersts Vorschriften verletzt worden sind. Der Fall könnte somit zur Blamage werden. Fabian Schmid

Völlig überraschend traten vor rund einem Jahr der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und Verteidigungsminister Mario Kunasek (FPÖ) vor die Mikrofone. In einer eilig einberufenen Pressekonferenz bestätigten sie einen kurz zuvor erschienenen Bericht der Kronen Zeitung, dem zufolge ein russischer Spion in den Reihen des Bundesheeres enttarnt worden war. „Spionage ist inakzeptabel und zu verurteilen“, sagte Kurz. Man habe nun eine Sachverhaltsdarstellung an die Justiz übergeben, ergänzte Kunasek.

Genau an dieser Zeitabfolge stoßen sich aber Justizkreise – und auch Mitarbeiter des Heeresabwehramts, die gegen den Oberst ermittelt haben. Laut einem Konvolut, das dem STANDARD und Österreich vorliegt und in dem Missstände im Abwehramt beschrieben werden, denken die Nachrichtendienstler selbst, dass der militärische Nachrichtendienst die zivilen Behörden viel früher informieren müssen hätte. Die Causa könnte zum Präzedenzfall werden, da die Vorschriften zur Zusammenarbeit zwischen Polizeibehörden, Staatsanwaltschaft und Abwehramt in der Praxis kaum getestet wurden.

Befragung ohne Anwalt

Die Staatsanwaltschaft muss offenbar auf Dokumente des Abwehramts zurückgreifen, das vor der Pressekonferenz von Kurz und Kunasek schon „wochenlang“ ermittelt hat. So existieren beispielsweise Einvernahmeprotokolle des Verdächtigen, aus denen nicht hervorgeht, welche Mitarbeiter des Abwehramts die Befragungen durchgeführt haben. Auch wurde der ehemalige Bundesheeroberst ohne Beisein eines Anwalts befragt, ebenso wurden ohne anwaltschaftlichen Beistand dessen elektronischen Geräte sichergestellt. Laut dem Konvolut der Abwehramtsmitarbeiter wurden in diesem Fall Kompetenzen massiv überschritten.

Dazu kommt, dass die Staatsanwaltschaft offenbar erst wegen anstehender Medienberichte über den Fall informiert wurde. Im Abwehramt heißt es, dass ein Mitarbeiter Kunaseks die Information an die Krone weitergegeben habe, ohne sich der Tragweite des Falls bewusst zu sein – Untersuchungen zur Identität des Maulwurfs sind der Pressestelle des Bundesheeres „nicht bekannt“. Laut dem Abwehramtskonvolut sei man bei der ganzen Aktion in die Falle des britischen Geheimdienstes getappt, der die Information dem Oberst übermittelt habe. Dadurch sei die heimische Politik unter Druck geraten zu handeln. Die Briten wollten sich auf diese Weise dafür revanchieren, dass die damalige Außenministerin Karin Kneissl Großbritannien mit ihrer Hochzeitseinladung an den russischen Präsidenten Wladimir Putin düpiert hatte.

Russland stand damals nicht nur wegen der Krim-Annexion, sondern auch wegen

des Versuchs den übergelaufenen Spion Sergej Skripal zu ermorden, in der Kritik westlicher Regierungen, Österreich ignorierte die diplomatische Ächtung.

Verdächtiger bleibt in U-Haft

Da die Angelegenheit als Verschlussakt geführt wird, kann sich der Anwalt des Verdächtigen öffentlich nicht im Detail äußern. Der Akt soll laut mit der Materie vertrauten Personen „einen Dreiviertelmeter“ hoch sein. Der pensionierte Bundesheeroberst befindet sich nach wie vor in Untersuchungshaft, er ist mittlerweile länger in Arrest als jeder bisher für Spionage verurteilte Österreicher.

Der Verdächtige war kurz nach seiner Festnahme auf Anweisung des Salzburger Landesgerichts wieder enthaftet worden, das Oberlandesgericht Linz entschied Ende November 2018 dann wieder im Sinne der Staatsanwaltschaft für eine U-Haft.

Wann es zum Prozess kommt, ist unklar. Das Bundesheer dementiert jedenfalls, dass bei den Ermittlungen Fehler gemacht wurden. Der Verdächtige „war kooperativ, und es lag keine Gefahr im Verzug vor“, deshalb seien die Ermittlungen „in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft“ in dieser Form abgelaufen. Die Staatsanwaltschaft beantwortet konkrete Anfragen des STANDARD zu dem Verfahren mit dem Hinweis auf dessen Status als Verschlussakt nicht. Sie verweist jedoch auf eine Presseaussendung zur Anklageschrift vom November 2018, in der von „monatelangen Ermittlungen des Landesverfassungsschutzes Salzburg“ die Rede ist.

Diese hätten gezeigt, dass sich der Verdächtige „moderner Spionagetechniken“ bedient habe, um „seit 1993 im Dienst des russischen Militärgeheimdienstes“ zu spionieren. Der 71-Jährige soll auch in seiner Pension spioniert und „mehrere Hunderttausend Euro lukriert“ haben – es gilt die Unschuldsvermutung.

<i>Typ</i>	Tageszeitung
Mutation: Gesamt	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 558.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 63.240

Internationale Einsätze

“Die Presse” vom 28.11.2019 Seite: 6 Ressort: Ausland Österreich, Abend, Österreich, Morgen
Nachrichten

Wien verlängert Teilnahme an internationalen Einsätzen

Der Ministerrat hat die Entsendung österreichischer Soldaten zu internationalen Missionen verlängert. Zum Friedenseinsatz im Kosovo (KFOR) werden weiter bis zu 600 Soldaten geschickt. Auch die UNO-Mission in Mali wurde verlängert, ebenso die Einsätze in der Ukraine, im Libanon, in Afghanistan und auf Zypern.

 <i>Typ</i>	Tageszeitung
Mutation: Gesamt	
<i>Reichweite (1.HJ 2019)</i>	Do, 345.000
<i>Druckauflage (1.HJ 2019)</i>	Do, 65.358